

## **Votum von Ueli Brassler (SD) vom 23. Juni 2010; Nein zu "organisierten Debatten" im Gemeinderat (Beschlussantrag der FDP-Fraktion)**

Frau Präsidentin

Geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen

Gegen Effizienz ist gewiss nichts einzuwenden, aber bei einem Parlament darf sie nicht zum einzigen Mass aller Dinge werden. Im Parlament muss die freie Diskussion unter gleichberechtigter Teilnahme aller Ratsmitglieder gewährleistet sein, müssen alle Meinungen frei geäussert werden können. Das ist bei den sogenannten „organisierten Debatten“ nicht mehr der Fall. Deren Einführung würde darauf hinauslaufen, dass die grossen Fraktionen über das Ratsbüro diktieren könnten, was wichtig ist und was keine ausführliche Diskussion rechtfertigt. Und das ist natürlich klar, dass die Anliegen und Ideen unbequemer Minderheiten, welche den Finger auf heikle Punkte legen, auf die Beige mit den unwichtigen Geschäften kämen. So kann man sie dann mit einer „organisierten“, d.h. im Klartext in einer Debatte mit eingeschränkten Möglichkeiten der Meinungsäusserung, einfach und von der Öffentlichkeit unbemerkt vom Tisch wischen. Obwohl wir alle genau gleich gewählt sind, gibt es schon jetzt keine Gleichbehandlung der Ratsmitglieder. Einzelne sind z.B. von vornherein von der Vorberatung der stadträtlichen Vorlagen ausgeschlossen. Mit dem, was jetzt die FDP-Fraktion vorschlägt, käme es noch viel mehr zu einer Aufteilung der Parlamentarier in „richtige“ Ratsmitglieder und solcher 2. Klasse. Persönliche Vorstösse sind gerade für die fraktionslosen Ratsmitglieder viel wichtiger als für die anderen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Sie sind häufig das einzige Instrument, mit dem sie ihre Ideen in den Ratsbetrieb einbringen können. Es geht nicht an, gerade dafür eine sogenannte „organisierte“ Debatte vorzusehen und damit die Diskussion über die Vorstösse massiv einzuschränken. Der freisinnige, d.h. liberale Geist weht bei der Urheberschaft des Beschlussantrags offensichtlich vor allem dann, wenn es darum geht, privaten wirtschaftlichen Interessen möglichst ohne öffentliche Regulierung den freien Lauf zu lassen. Beim freien gleichberechtigten Wettstreit der Ideen hört der Liberalismus auf. Wir Schweizer Demokraten danken allen Ratskolleginnen und Ratskollegen, die das anders halten, für die Ablehnung des Beschlussantrags.